

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden. Redaktion: Dresden  
Postleitzahl: 80041  
Für die Rechte des Verleihers: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Hauptredakteur: Dresden-L. Marienstraße 86/42

Besuchspflicht vom 1. bis 15. Dezember 1928 bei täglich periodischer Auflösung für Band 1.70 TRL.  
Besuchspflicht für Monat Dezember 2.40 TRL. ohne Abrechnungsgefehr. Einzelnummer 10 TRL.  
Außerhalb Dresden 15 TRL. Auslandserlieg: Die Auslagen werden nach Goldmark berechnet:  
bis einschlägige 50 mm breite Seite 35 TRL., ihr anderthalb 40 TRL. Sammlerangebote und Gedenk-  
griffe ohne Neben 15 TRL., anderthalb 25 TRL., die 50 mm breite Reklameseite 100 TRL. außer-  
halb 250 TRL. Offizierangebote 30 TRL. Auswärtige Ruhläge gegen Sonderabrechnung

Redaktions- u. Verlag: Stephan & Weidach,  
Dresden. Vertrieb: Rio. 1068 Dresden  
Ruhläge nur mit best. Quellenangabe  
(Werden, Wacht.) zu läßig. Auslandserlieg  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

**Brennabor**  
der schönste  
deutsche Wagen  
Dresden-N.  
Bautzner Straße 22  
Tl. 56448/B

**Arthur Anders & Co.**  
Automobile u. Reparaturwerkstatt

**Koffer**  
**Erfurtein** Waisenhausstr. 23

**Konditorei Limberg**  
Prager Straße 10  
**Dresdner Christstollen** u. Baum-  
früchten  
Versandaufträge werden zuverlässig u. pünktlich erledigt

## Gemeinsame Beratung der Außenminister

Autoausflug zur Besichtigung alter Kunstwerke - Dann geheime Aussprache bei Chamberlain

### Eine Freundschaftsgeste

Eugano, 18. Dez. Die erste Besprechung zwischen den Außenministern Englands, Deutschlands und Frankreichs hat am Donnerstag um 9½ Uhr im Hotel "Splendid" stattgefunden. Die Unterredung erfolgte im Anschluß an das Frühstück, das Briand sämtlichen Mitgliedern des Rates, dem Generalsekretär und den Untergeneralsekretären, dem Völkerbundsekretariat, sowie einer Reihe von Diplomaten gab. Kurz nach dem Frühstück unternahmen Briand und Dr. Stresemann in dem Auto der französischen Abordnung eine kurze Autofahrt. Auch Chamberlain versicherte das Hotel im Auto. Die drei Minister besichtigten die Kapelle Santa Maria di Angeli, in der sich Fresken des Malers Guido aus dem frühen 15. Jahrhundert befinden. Die drei Minister kehrten nach kurzer Zeit wieder in das Hotel "Splendid" zurück, worauf dann die erste Unterredung zu beiden stattfand. An der Unterredung nahmen außer den drei Ministern nur der Dolmetscher der französischen Delegation,

Professor Hennard und der Dolmetscher der deutschen Delegation, Dr. Schmidt teil. — Die Besprechung dauerte fast zwei Stunden. Offiziell werden über den Verlauf der Besprechungen keinerlei Mitteilungen gemacht.

Diese von Fröhlichkeit, Autobehaglichkeit und beschaulichem Kunstgenuss durchwärme Kundegebung, die förmlich und feierlich urbi et orbi mitgeteilt wird, ist derartig inhaltsreich, daß man nicht weiß, worüber man sich mehr wundern soll: über die Politik, mit der dem Publikum so etwas vorgezeigt wird, oder über die absolute sachliche Ergebnislosigkeit der Zusammenkunft, die eine andere Berichterstattung nicht ermöglicht. Darum ist es auch erklärlich, daß die deutsche Delegation den angezeigten Empfang der deutschen Presse abgesagt hat. Im Gegensatz zu dem nachfolgenden amtlichen Kommunikation über die Besprechung sind die an die Presse Frankreichs und Englands gerichteten neuen Erklärungen Chamberlains und Briands bei aller Kürze um so inhaltsreicher und bedeutsamer. Über diese Erklärungen liegt die nachstehende Meldung vor:

### Weitere Aussprache auf diplomatischem Wege Neue Erklärungen Chamberlains und Briands

Eugano, 18. Dezember. Über die Aussprache mit Briand und Stresemann gab Chamberlain der englischen Presse, die er nach der Unterhaltung empfing, folgende Erklärung: Gewisse Erwiderungen Stresemanns seien überwunden worden. Die in Vercino eingeleitete Politik der Verschiebung werde fortgesetzt, er glaube, daß die deutsche Delegation, die sehr pessimistisch nach Eugano gekommen sei, weniger pessimistisch nach Berlin zurückkehren werde. (?) Neue Entscheidungen irgendwelcher Art seien aber bei den gegenwärtigen Unterhaltungen über die Generalklausuren vom September nicht zu treffen. Die weiteren Aussprachen würden auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden. Auf die Frage, was nach der Rückkehr des Rheinlandes im Jahre 1935 geschehen werde, erklärte Chamberlain kategorisch: "Ich lehne es ab, auf diese Frage einzugehen." Ebenso erklärte er auf die Frage, welche Bedeutung er und Briand der gegenwärtigen Belehrung des Rheinlandes beilegen, daß die Erörterung dieser Frage zunächst nicht wünschenswert sei.

Briand erklärte nach der Besprechung der drei Außenminister Vertretern der Presse gegenüber, bisher habe jede der an der Aussprache beteiligten Seiten ihren Rechtsstandpunkt in den schwindenden Fragen voll anstreiten erhalten. Es handele sich jetzt darum, einen praktischen Ausweg zu finden. Weitere Besprechungen zu breien würden nicht mehr stattfinden, jedoch würde er noch eine Unterredung mit Dr. Stresemann haben.

Alipp und klar geht aus den Erklärungen Chamberlains und Briands hervor, daß Stresemann auch weiterhin auf dem Rechtsstandpunkt gegenüber den Alliierten beharrn und daher, weil zwecklos, auch eine weitere Aussprache zu dreien nicht mehr stattfinden wird, und daß nicht in Eugano, sondern in den Besprechungen der Diplomaten die Entscheidung fallen wird. Von einer entscheidenden Bedeutung der Aussprache der drei Außenminister, wie deutsche Kreise noch annehmen möchten, kann daher gewiß keine Rede mehr sein. Mag auch auf allen Seiten die Erfahrung machen, daß die öffentliche Meinung in allen Ländern Endlösungen und eindeutige Feststellungen fordert und eine weitere dilatorische Behandlung der zwischen Deutschland und den Alliierten schwiebenden Fragen jetzt nicht mehr möglich ist; so können die Besprechungen in Eugano aller Voransicht nach nur noch eine Klärung der Lage in der Richtung herbeiführen, daß eine Einigung eben nicht möglich war. Es sei sonst, daß sich die deutsche Delegation den Bedingungen der Gegenseite beugt oder daß die Alliierten dem deutschen Standpunkt entgegenkommen. Die Erklärungen des Reichskanzlers, die in allen Delegationskreisen starken Widerhall gefunden haben, lassen aber einen deutschen Umschluß als unmöglich erscheinen.

### Weitere Einzelbesprechungen

Eugano, 18. Dezember. Außer der Zusammenkunft der Außenminister fand auch heute wieder eine Reihe von Einzelbesprechungen der hier anwesenden Staatsmänner statt. So hatte der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen Unterredungen mit Reichskanzler Dr. Stresemann und mit Briand, während der polnische Außenminister Józef Pilsudski Besprechungen mit Chamberlain und Briand hatte.

### Die Saarregierung bekommt Gehalterhöhung

Investigationskommission und Saarregierung vor dem Völkerbundsrat

Eugano, 18. Dez. Der Rat hat nach einer gebetenen Abstimmung die Mandate der Präsidenten der vier Investigationskommissionen für Deutschland, Österreich, Bulgarien und Ungarn neu bestätigt. Es wurde beschlossen, daß in Zukunft die Mandate der vier Präsidenten stilistisch weiter verlängert werden sollen, falls nicht ein besonderer Antrag von einer Regierung auf Erlass eines Präsidenten vorliegt. Gegenwärtig sind folgende Präsidenten im Amt:

Deutschland: General Barratier.  
Österreich: General Calegnia.  
Bulgarien: General Schumann.

Ungarn: General Kirwan.

Dernehr beschloß der Rat, die Mandate der Mitglieder der Saarregierung gleichfalls um ein weiteres Jahr zu verlängern. Der Antrag der Saarregierung auf Erhöhung der Gehälter entsprechend dem Devisenstand des Jahres 1920 wurde vom Rat genehmigt. Das Gehalt der Mitglieder der Saarregierung betrug bisher 185.000 Schweizer Franken und steht auf etwa 175.000 Schweizer Franken erhöht worden.

### Lloyd Georges Abrechnung mit Lord Eusthendum

London, 18. Dez. Auf einem Frühstück der Vereinigung amerikanischer Berichterstatter in London wandte sich Lloyd George mit großer Schärfe gegen Lord Eusthendum, der ihn ziemlich heftig angegriffen hatte, und erklärte, Lord Eusthendum bebereite alle drei Arten der Kritik, und zwar die der Universalität, der Handgreiflichkeit und der Bereitwilligkeit. Lord Eusthendum habe nur einmal seinen Namen in die Geschichte geschrieben, als er im Unterhaus Churchill ein Blaudau an den Kopf warf und ihm am Auge verletzte, nur, weil er mit Churchill über die irische Homerulevorlage nicht übereinstimmt. Er sei glücklich, so meinte Lloyd George, daß er sich, als Lord Eusthendum die gegen ihn gerichtete Rede hörte, nicht in Wutweise von ihm befreundet habe.

### Fürbitte für die Wiederherstellung Georgs V.

London, 18. Dez. In der Westminster Abbey wurden heute mittag Fürbitte für die Wiederherstellung des Königs veranstaltet. Leute aller Klassen und Konfessionen kamen in Scharren, um für den König zu beten. Damen in kostbarem Kleid ließen neben ärmlich gekleideten Frauen. Diese nicht täglichen Fürbitte sollen fortgesetzt werden.

### Ordnungsschutz im Sächsischen Landtag

Schon seit längerer Zeit ist von allen Kreisen, denen an einer möglichst sachlichen, schnellen und reibungslosen Erledigung der parlamentarischen Geschäfte in unserer engeren Heimat gelegen ist, die Notwendigkeit erkannt und betont worden, die Geschäftsausordnung des Landtages gewissen Änderungen zu unterziehen, mit der Tendenz, Schußdämme gegen rücksichtlose Störungen durch Elemente zu scheren, denen es mehr auf die Erzeugung von Unruhe als auf positive Arbeit ankommt. Die Aktion ist endlich so weit gediehen, daß die zur Sache gestellten Anträge, ein gemeinsamer der Regierungsparteien und ein kommunistischer, an den Rechtsausschuss verwiesen wurden, und man darf nicht daran zweifeln, daß die Reform der Geschäftsausordnung des Landtages nun auch weiter bis zum Ende durchgeführt werden wird. Die Anhänger der Reform werden sich in ihrem Zielbewußtsein Fortschreiten auf der einmal betretenen Bahn nicht durch die Anklagen beeinflussen lassen, die von der radikalen Linken gegen den angeblich "reactionären" Charakter der neuen Bestimmungen geschleudert werden. Reactionär ist ja bekanntermaßen alles, was den Kommunisten und Linksozialisten, die bei uns in Sachsen ganz besonders unduldlich und stark mit kommunistischem Geiste gefärbt sind, nicht in ihren jeweiligen Streifen paßt. Derartige Töne wurden denn auch bei der Beratung der Anträge von der radikalen Linken kräftig mit dem üblichen höhnen Brüder der Überzeugung angeschlagen, und in der Presse dieser Parteien wird noch manches Hagelwetter aus dem gleichen Auslaß herunterprasseln. Der linksozialistische Nebner erblickte, seine gelstige Wahlverwandtschaft mit den Kommunisten befunden, den eigentlichen und einzigen Zweck der Neuordnung in dem Streben der Mehrheit, "die Minderheit zu vergewaltigen" und "die Opposition niederzuhalten". Dass irgend etwas an den gegenwärtigen parlamentarischen Zuständen verbessert bedürftig sei, gab er nicht zu. Demgegenüber muß schließlich werden, daß die Erfahrungen, die unter der Herrschaft der alten Geschäftsausordnung in den vergangenen acht Jahren gemacht wurden, für alle, welche die Dinge nicht durch die sozialistisch-kommunistische Partei brüder betrachten, drei unabweisbare Notwendigkeiten ergeben haben: 1. Die Verstärkung der Präsidialgewalt. 2. Die Verbinderung userloser Geschäftsausordnungsdebatten. 3. Die Verschärfung der Disziplinarmaßnahmen gegen widersprüchige Abgeordnete, die sich auch nach erfolgtem Abschluß nicht führen wollen, sondern selbst dann noch der parlamentarischen Ordnung hohn sprechen. Auf dieser dreifachen Grundlage sind die Vorschläge der Regierungsparteien folgerichtig ausgebaut, und man kann die von Linksozialisten und Kommunisten erhobenen Anschuldigungen nicht drastischer in ihrer völligen Vollständigkeit beleuchten, als durch eine kurze sachliche Darlegung der wichtigsten Einzelheiten der Reform.

Zunächst soll der Vorstand des Landtages nicht mehr für eine ganze Tagung (Legislaturperiode), sondern nur für je einen "Tagungsdurchgang", der durch zwei Sommerferien begrenzt wird, gewählt werden. Diese Bestimmung hat den Zweck, die verschiedenen Möglichkeiten der parlamentarischen Gruppierung, die sich im Laufe einer vollen Tagung ergeben, in der Zusammenfassung des Vorstandes besser zum Ausdruck bringen zu können. Sodann sollen selbständige Anträge von Abgeordneten, mit Ausnahme solcher, die sich auf Landtagsauflösung und die Vertrauensfrage gegenüber der Gesamtregierung oder einzelnen Ministern beziehen, künftig nur einer Beratung unterliegen. Weiter wird bestimmt, daß der Präsident Anträge und Anfragen an die Regierung, die Besoldigungen enthalten oder sonst einen strafbaren Tatbestand verkörpern, zurückzuweisen und von der Drucklegung ausschließen hat. Förmliche Ordnungsruhe sollen fortan auch bei den Ausschußberatungen zulässig sein, wo diese disziplinarische Handhabe bisher fehlte. Ferner wird die Machtvolkommenheit des Vorstandes in den Ausschüssen dadurch verstärkt, daß er von Amts wegen darauf zu achten hat, daß nicht ungültige Beschlüsse von einem nicht beschlußfähigen Kollegium gefasst werden. Verschärfst werden die Bestimmungen gegen solche Abgeordnete, die sich einer größlichen Verleumdung der parlamentarischen Ordnung schuldig machen. Unter diesen Begriff fallen auch Beleidigungen des Präsidenten, des Vorstandes, von Abgeordneten oder Regierungsvertretern. Der Präsident kann in solchem Falle den